

# LANDTAGS NACHRICHTEN

14. Mai

4 / 2014

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



Mit Preisrätzel

+++ Debatte zum Mindestlohn +++ Erneuerbare-Energien-Gesetz +++ EU/USA-Freihandelsabkommen +++  
Südbahn Hagenow – Neustrelitz +++ Informationsreise des Ältestenrates +++ Schlossgeschichten:  
Das Schweriner Schloss – von der Herzogsresidenz zum Zentrum der Demokratie +++ Preisrätzel +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Das Schweriner Schloss mit Burggarten, Orangerie und Feldsteingrotte

3	GASTKOLUMNE	Jürgen Hingst (NDR) zur Bedeutung der Europäischen Union für Mecklenburg-Vorpommern
4 – 13	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Keine Angst vor Mindestlohn auch in Mecklenburg-Vorpommern“
6 – 10	BERICHTE	Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Duales Ausbildungsmodell sichern Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) Erhalt des Schienenverkehrs auf der gesamten Strecke der Südbahn von Hagenow bis Neustrelitz
11	WEITERE BESCHLÜSSE	Umsetzung der EU-Richtlinie Patientenrechte Bericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum Nachtragshaushalt 2014/2015 – Aufstockung Kommunal-Etat Keine Castor-Behälter in Lubmin
12 – 14	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Wirtschaftsausschuss: Öffentliche Anhörung zur Kreativwirtschaft Petitionsausschuss: Sondersitzung in Neubrandenburg Energieausschuss: Erneuerbare Energien – Gemeinsame Sitzung mit Sejmik Westpommern in Bollewick und Neustrelitz Europa- und Rechtsausschuss: Vorbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee
15 – 17	PANORAMA	Landesfinale „Jugend debattiert“ Informationsreise des Ältestenrates nach Spanien und Portugal
18 – 22	SCHLOSSGESCHICHTEN	Vom Herzogssitz zum Zentrum der Demokratie – Das Schweriner Schloss hat eine lange, wechselvolle Geschichte
23	PREISRÄTSEL	Wer hat´s gesagt?

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:**  
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
 www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

# Mehr Europa im Parlament

„Mehr Italien – weniger Deutschland“ – der offenbar unvermeidliche Silvio Berlusconi treibt es auf die Spitze. Europa – das ist für ihn und seine Partei die deutsche Vorherrschaft, der ernsthaft entgegengetreten werden muss. Wem denn sonst? Euro-Kritiker in unserem Land können damit offensichtlich ganz gut umgehen. Da heißt es schlicht „Mehr für Bürger – weniger für Brüssel“, und das Feindbild liegt in Belgien bei den europäischen Institutionen.

Europa – so sieht es derzeit aus – hat keinen leichten Stand. Die europäische Idee verliert an Strahlkraft und Faszination. Statt Ausbau und Weiterentwicklung drohen Stillstand und Resignation. Dabei war Europa nie wichtiger als heute. Das zeigt nicht nur der Blick auf die Weltkarte, sondern auch der gerade sehr heftig verlaufende Konflikt um die Ukraine. Wenn es überhaupt eine friedliche Lösung geben kann, dann nur auf der Grundlage von Vereinbarungen, die zwischen allen europäischen Staaten geschlossen wurden und damit verbindlich sind. Das ist mühsam und nicht immer sexy, aber geradezu unverzichtbar.

Es darf hier auch einmal daran erinnert werden, dass ohne die Einbindung der europäischen Staaten und ohne die Hilfe der Europäischen Union es weder eine deutsche Wiedervereinigung gegeben hätte noch ein modernes Bundesland namens Mecklenburg-Vorpommern. Der Ausbau der Straßen und Verkehrswege, die Entwicklung von Hafenanlagen und Sportstätten, Geld für soziale Projekte und Bildung, Förderung strukturschwacher Regionen und Mittel für den ländlichen Raum – überall hat Europa und letztendlich der europäische Steuerzahler unser Land unterstützt. Alles schon vergessen?

Natürlich kann man dabei auch einiges kritisch sehen. Die europäischen Einrichtungen sind weit weg vom Bürger, Kritik an Bürokratie und Regelwerk sind in Teilen berechtigt, und mancher Beschluss der Kommission ist schlicht rätselhaft. Aber gleich alles in Frage zu stellen, das hat Europa nicht verdient. Wie sonst wären denn solch komplexe Prozesse wie die Energiewende zu steuern, wenn nicht im europäischen Verbund? Wie sonst lassen sich Migrationsfragen ansprechen, wenn nicht auf europäischer Ebene, von der Währungs- und Wirtschaftskrise mal ganz abgesehen?



Foto: NDR/Andreas Garrels

*Jürgen Hingst (61) arbeitet als Leiter der Aktuellen Redaktion für den Hörfunk im NDR Landesfunkhaus Mecklenburg-Vorpommern und ist Vorsitzender der Landespressekonferenz MV e.V.*

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat von Beginn an auf europäische Zusammenarbeit gesetzt – und er hat gut daran getan. Das gilt nicht nur für die Mitarbeit im Ausschuss und Kongress der Regionen, sondern vor allen Dingen für das Wirken bei der Ostseeparlamentarierkonferenz und im Parlamentsforum „Südliche Ostsee“ – letzteres übrigens eine Initiative aus Schwerin. Denn hier, genau an der Schnittstelle zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd, ist der geeignete Ort, wo regionale Interessen auf überregionale Standards treffen. Die Bilanz lässt sich sehen: gemeinsame Projekte im Tourismus, Unterstützung beim Schutz von Umwelt und Natur, Austausch bei Fragen der Energiepolitik, Förderung von Jugendaustausch und Begegnungen in Europa. Das alles wäre noch lange nicht so weit vorangekommen, wenn sich Landtag und Landesregierung im Zusammenspiel nicht intensiv darum gekümmert hätten. Hier bitte nicht nachlassen, auch wenn es manchmal schwerfällt!

„ Europa war nie wichtiger  
als heute. “

Der Blick muss weiter reichen als der von der nächsten Kirchturmspitze. Eingeengte Perspektiven, die gab es schon genug. Deshalb: lieber mehr Europa statt weniger, lieber mehr Weitblick als Nabelschau und ein bisschen mehr Bescheidenheit, wenn es um nationale Kraftakte geht, egal ob in Rom und Brüssel, in Kiew oder Moskau und auch in Berlin. Von Schwerin mal ganz zu schweigen.

**Jürgen Hingst**

# Gesetzentwurf zu Mindestlohn kontrovers diskutiert

Aktuelle Stunde: Linke sieht Langzeitarbeitslose benachteiligt

Jahrelang wurde darüber gestritten, jetzt liegt er vor: der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung eines Mindestlohnes. Doch kontrovers diskutiert wird noch immer: Die SPD/CDU-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern findet den Entwurf gut, die Opposition hat viel daran auszusetzen. Das zeigte auch die Aktuelle Stunde am 9. April im Landtag. DIE LINKE hatte das Thema „Keine Angst vor Mindestlohn auch in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Fotos: Uwe Balewski



Helmut Holter (DIE LINKE)

Nach Ansicht von Linksfraktionschef **Helmut Holter** bietet das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz zu viele Schlupflöcher und benachteiligt vor allem Langzeitarbeitslose. „Die SPD hat auf Druck der CDU eigene Ziele aufgegeben. Dieses Mindestlohngesetz zementiert die Zweiklassengesellschaft“, sagte er. Junge Leute müssten für geringe Löhne arbeiten. Und Menschen, die länger als ein Jahr ohne Job sind, dürften weiterhin befristet für weniger als 8,50 Euro je Stunde beschäftigt werden und würden so zur „Niedriglohnreserve“. Zu viele Gruppen würden von der Regelung ausgenommen, und zudem werde der Mindestsatz von 8,50 Euro je Stunde den steigenden Lebenshaltungskosten nicht gerecht. Viele Familien seien somit auch künftig auf zusätzliche Sozialleistungen vom Staat angewiesen. „Trotz Vollzeitstelle zum Amt, das ist ein unhaltbarer Zustand“, sagte Holter und forderte Nachbesserungen.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** dagegen verteidigte den Gesetzwurf der großen Koalition in Berlin, der nun im Bundestag beraten wird. Gerade Mecklenburg-Vorpommern als Bundesland mit dem niedrigsten Lohnniveau werde von der gesetzlichen Lohnuntergrenze profitieren, zeigte er sich überzeugt. „Selbst dort, wo Tarif gezahlt wird, liegen die Stundenlöhne teilweise noch unter 8,50 Euro“, stellte er fest. Doch werde der Mindestlohn insgesamt dazu beitragen, dass sich die Lohnspirale nach oben drehe und auch der Wirtschaftsstandort interessanter werde. „Wir brauchen den Mindestlohn im Wettbewerb um Fachkräfte“, erklärte Sellering und kündigte an, dass M-V im Bundesrat für das Mindestlohn-Gesetz stimmen werde. Die geplanten Aus-



Ministerpräsident Erwin Sellering

nahmeregelungen seien als Kompromiss vertretbar. Für ihn sei besonders wichtig, dass es einen in Ost und West einheitlichen Mindestlohn geben wird.

**Torsten Renz** (CDU) kritisierte die Linke für die Themenwahl. „In Stralsund kämpfen die Werftarbeiter um ihre Existenz. Das wäre das Thema gewesen“, sagte er. In Sachen Mindestlohn habe die Koalition längst gehandelt. „Die Realität in Mecklenburg-Vorpommern sieht so aus, dass diese Koalition 2011 dieses Thema in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hat, und unter Führung des CDU-Wirtschaftsministers wird dieses Thema umgesetzt“, unterstrich Renz. Er wies aber auch auf Zwänge für die Unternehmer hin. „Gerade Kleinunternehmer arbeiten oft bis zur Selbstaufgabe und spüren die finanziellen Belastungen infolge politischer Entscheidungen sehr stark“, betonte er. Der Op-



Torsten Renz (CDU)

position, insbesondere der Linken, warf er „scheinheilige Diskussionen“ und eine „Wünsch-Dir-was-Politik“ vor.



Jürgen Suhr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist auch nach Meinung von Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** wichtig. „Mit den vielen Ausnahmeregelungen konterkariert die Bundesregierung jedoch dieses wichtige Instrument sozialer Gerechtigkeit“, beklagte er. Der Nachholbedarf in dieser Frage sei in M-V besonders groß. Jeder Vierte im Land verfüge über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens und gelte somit als armutsgefährdet. Deshalb dürften SPD und CDU mit den Ausnahmeregelungen nicht auch noch Anreize für Unternehmen schaffen, den Mindestlohn zu unterlaufen. Zwei Drittel aller Menschen ohne Job gelten hierzulande als Langzeitarbeitslose. „Aber diese besonders schwierige Zielgruppe erreichen Sie nicht“, sagte Suhr. „Ich kann Sie nur auffordern: Bessern Sie nach im Sinne derjenigen, die im besonderen Maße betroffen sind, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern!“



Udo Pastörs (NPD)

265.000 Menschen in M-V sollen vom Mindestlohn profitieren, sagte NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** mit Verweis auf Angaben der Koalitionsfraktionen. In Wirklichkeit aber hat der Mindestlohn für viele Arbeitnehmer seiner Meinung nach nur einen „Nulleffekt“, weil die „Aufstockung“ wegfallt. „Hier findet eine Verschiebung statt von Staatskasse hin zur Finanzierung aus den meist kleinen und mittelständischen Unternehmen. In der Praxis führt das zu keiner sozialen Verbesserung für die Arbeitnehmer“, sagte Pastörs. Er erinnerte die CDU daran, dass sie sowohl im Land als auch deutschlandweit lange Zeit „harter Gegner“ des Mindestlohnes war. Die angedachte Regelung

hat seiner Meinung einen großen Mangel. „Und zwar dergestalt, dass die Attraktivität für ausländische Lohndrücker durch den Mindestlohn zum Nachteil der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen massiv erhöht wird“, sagte Pastörs.



Fotos: Uwe Balewski

Martina Tegtmeier (SPD)

Mit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes mache die SPD ihr wichtigstes Wahlversprechen wahr, sagte **Martina Tegtmeier** (SPD). Deutschland sei nun das 22. Land innerhalb der EU, das über einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn verfügt. „Der jetzt auf dem Tisch liegende Gesetzentwurf ist für die Menschen im Land und für die Unternehmen – gerade für die Unternehmen – sehr kalkulierbar und birgt vor allen Dingen Chancen für einen besseren Arbeitsmarkt“, betonte sie. Auch angesichts des demografischen Wandels sei der Mindestlohn „besonders dringend notwendig“. In M-V würden nun zum Beispiel die rund 82.000 geringfügig Beschäftigten davon profitieren und darüber hinaus auch rund 13.600 Erwerbstätige, die so wenig verdienen, dass auch sie bislang zum Amt gehen müssen, um Aufstockungsbeiträge zu beantragen. „Das sind eindeutig 13.600 zu viel“, sagte Tegtmeier.



Jochen Schulte (SPD)

Ihr Fraktionskollege **Jochen Schulte** hob hervor, dass die Einführung des Mindestlohnes der richtige Schritt war. Die Ausnahmeregelungen dienten seiner Auffassung nach allein der Vollbeschäftigung. Ohne den beharrlichen Druck aus den Reihen seiner Partei wäre das Land noch nicht so weit, sagte der SPD-Parlamentarier.

Der Kabinettsentwurf wird voraussichtlich im Juli im Bundestag beschlossen.



Um Erfahrungen bei der Energiewende auszutauschen und grenzüberschreitende Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, trafen sich Abgeordnete des Landtages sowie des Sejmik der polnischen Woiwodschaft Westpommern am 1. April im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und besuchten hier das BioEnergyDorf Bollewick sowie das Biomasse-Heizkraftwerk in Neustrelitz.  
Foto: Landtag M-V

## Energiewende

Strompreise für Verbraucher weiter in der Kritik

Nach monatelangem Ringen haben sich Bund und Länder Anfang April auf eine Reform der Ökostrom-Förderung geeinigt. Das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll am 1. August in Kraft treten. Dass der Windstrom weiter ausgebaut werden kann, haben bei einer Aussprache zur Energiewende am 9. April im Landtag auch Redner der Opposition begrüßt. Die hohen Verbraucherpreise aber waren bei der Debatte ein Kritikpunkt. Die Aussprache hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** erwartet nach der Einigung von Bund und Ländern zur künftigen Ökostrom-Förderung neuen Schwung für die Energiewende. „Der Stillstand der vergangenen Monate ist überwunden. Die Energiewende kommt weiter voran“, sagte er. Vor allem auch für Mecklenburg-Vorpommern seien die gefundenen Kompromisse gut. Die Windkraftnutzung an Land könne weiter ausgebaut werden, und der Bau von zwei geplanten Windparks vor Rügen sei gesichert. „Wir bleiben das Land der erneuerbaren Energien, vor allem der Windenergie“, sagte Sellering. Er zeigte sich zudem erfreut darüber, dass die Industrierrabatte bei der Ökostrom-Umlage spürbar eingeschränkt würden. Die Zahl der von der Ökostrom-Umlage befreiten Unternehmen werde erheblich kleiner. „Auch die entlasteten Unternehmen müssen mindestens einen Anteil der Umlage zahlen, sodass kein Anreiz mehr für ungehemmten

Energieverbrauch besteht“, sagte Sellering. Für die Befreiung von der Ökostrom-Umlage müssen Firmen über einem bestimmten Stromverbrauch liegen, der dafür zum Teil künstlich erhöht wurde. Sellering räumte jedoch auch ein, dass er insgesamt mehr Veränderungen zugunsten der Privatverbraucher, Handwerker und kleinen Unternehmen erhofft habe.

**Johann-Georg Jaeger**, energiepolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, beklagte, dass „eine großes Chance zur Dämpfung der Strompreise verpasst wurde“. Die Kosten der Energiewende müssten gerechter und auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Sinnvoll wäre seiner Auffassung nach eine Rückkehr zu den von Rot-Grün eingeführten Regelungen von vor 2009 mit deutlich weniger Befreiungsmöglichkeiten. Er forderte von der Landesregierung, die Energiewende weiter zügig voranzutreiben. „Eine Herabsetzung der Ausbauziele des Landes für erneuerbare Energien wäre ein fatales Signal für die Entwicklung von Investitionen im erneuerbaren Sektor, mit erheblichen Konsequenzen auch für die weitere Entwicklung der Wertschöpfung im Land“, sagte der Grünen-Parlamentarier.

Der CDU-Politiker **Dietmar Eifler** betonte, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien die Entwicklung neuer Speichermöglichkeiten für Strom und ein sinnvolles Zusammenspiel mit konventionellen Energieträgern wie Kohle und Gas erfordere. Zudem müsse der Netzausbau Schritt halten. „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung trägt dazu bei, die Akzeptanz der Bürger zur Energiewende in Deutschland zu erhöhen und das EEG europarechtskonform auszugestalten“, zeigte sich Eifler überzeugt. Von einem Ausbremsen der Energiewende könne in keiner Weise gesprochen werden. Windstrom von Land sei die preiswerteste Alternativenergie, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Deshalb sei deren

Ausbau wichtig. „Aber für Privatverbraucher wird das vom Bund vorgelegte neue Erneuerbare-Energien-Gesetz nichts Positives bringen“, stellte sie fest. „Es bleibt beim hohen Kostenanteil von Steuern und Abgaben“, betonte sie. 62 Branchen der energieintensiven Industrie dagegen könnten von großzügigen Rabatten profitieren. Auch die umstrittene Kopplung der EEG-Umlage an den Börsenpreis bleibe erhalten. „Die wirklichen Kostentreiber werden nicht angepackt“, unterstrich sie. Angesichts dieser Mängel fehle ihr der Glaube, dass der Strompreis tatsächlich stabil bleibt.

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** geht davon aus, dass der „kleine Bürger“ die Energiereform bezahlen wird. Der Staat lasse sich bei der EEG-Novelle von der Wirtschaft am Band führen, sagte er. Den Unternehmen seien nur Rendite und Gewinne wichtig. Sie scheuen sich seiner Meinung nach davor, Verantwortung zu übernehmen. So seien nach derzeitigem Stand 1.600 Unternehmen von der EEG-Umlage ausgenommen mit der Begründung, dass sie Arbeitsplätze schaffen würden. Er verwies auf ein Experten-Gutachten, das die Abschaffung des EEG empfehle. Dieses mache den Klimaschutz teurer, ohne einen tatsächlichen Nutzen zu erzielen, sagte Petereit.

Der Energie-Experte der SPD-Fraktion **Rudolf Borchert** hob in der Aussprache die Rolle der norddeutschen Bundesländer beim Energiegipfel hervor. So sei es den Ländervertretern gelungen, beim EEG deutliche Verbesserungen gegenüber dem Referentenentwurf zu erzielen. Er nannte unter anderem Nachbesserungen im Bereich Offshore und auch bei Bioenergie-Anlagen. Für andere Bereiche mahnte er Korrekturen an. So würden umweltfreundliche Solarstromproduzenten bei der Finanzierung der Energiewende deutlich stärker zur Kasse gebeten als beispielsweise Stahlwerke und Braunkohlekraftwerke. „Das ist völliger Unsinn und paradox“, sagte Borchert. Zu hohe Rabatte für die Industrie gingen zu Lasten kleinerer Unternehmen. Man dürfe die erneuerbaren Energien nicht zu Sündenböcken für hohe Strompreise machen, warnte er.

#### Weitere Debatten zur Energiewende

Die Energiewende war am zweiten Sitzungstag, dem 10. April, erneut Thema im Landtag. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE beriet das Parlament über Möglichkeiten, Kommunen und Bürger an den Erträgen neuer Windparks und Biogasanlagen zu beteiligen. Die SPD/CDU-Landesregierung hatte vor längerem schon ein Gesetz angekündigt, mit dem Investoren verpflichtet werden, Beteiligungen anzubieten. Der Linke-Antrag fand keine Mehrheit. *Drucksache 6/2821*

In der sich daran anschließenden Debatte sprachen sich die Grünen mit einem eigenen Antrag für bundesweit einheitliche Netzentgelte aus. Verbraucher im Nordosten zahlen derzeit überdurchschnittlich viel. Dieser Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde zur Beratung an den Energieausschuss überwiesen. *Drucksache 6/2837*

## Skepsis bei Freihandels- abkommen



Antrag der Linken abgelehnt

**Die Verhandlungen zwischen der USA und der EU zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) waren am 10. April Thema einer Debatte im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. In breiten Teilen der Öffentlichkeit bestehe Skepsis gegen das geplante Abkommen, hieß es in einem Antrag der Linksfraktion.**

Der Landtag solle die Bedenken, die unter anderem der Städte- und Gemeindetag und Umweltverbände äußerten, ernst nehmen, forderte **Barbara Borchardt** (DIE LINKE), die den Antrag ihrer Fraktion begründete. Die Landesregierung wurde aufgefordert, „sich auf Bundesebene für kommunale Belange, den Umwelt- und Verbraucherschutz, die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sowie weitere wichtige Standards im Fortgang der Verhandlungen zum TTIP-Abkommen einzusetzen“. Das Kabinett solle das Parlament über die Beratungen regelmäßig unterrichten. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU sowie die NPD stimmten dagegen, die Linke und die Grünen waren dafür.

Der SPD-Wirtschaftsexperte **Jochen Schulte** sprach sich ebenfalls für ein höheres Maß an Transparenz bei den Verhandlungen aus. Das habe inzwischen auch das Europäische Parlament von der EU-Kommission eingefordert. Die in Deutschland geltenden hohen Standards, wie etwa im Arbeitnehmerrecht, dürften nicht abgesenkt werden, betonte er. Dafür müsse die Bundesregierung sorgen. Er sieht aber auch die Chance, dass Normen in den USA gestärkt werden, wie beispielsweise das Recht auf Betriebsräte in großen Unternehmen. Auch im Umwelt- und Verbraucherschutz dürfe an den hier geltenden Standards nicht gerüttelt werden. Er habe keinen Zweifel, dass dies durchgesetzt werde. Seine Partei begrüße die Verhandlungen zum Abkommen, sagte Schulte.

Man könne nicht abwarten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, sagte die Grünen-Abgeordnete **Jutta Gerkan**. Im Nachhinein sei so ein Abkommen kaum noch zu ändern. Auch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGO), von attac über den BUND bis hin zur Katholischen Landjugendbewegung, hätten in einem Positionspapier jüngst ihre Kritik am Demokratiedefizit des intransparenten Verhandlungsverfahrens erneuert. Diese Zweifel sollten die Koalitionäre in Berlin und auch in Schwerin ernst nehmen, sagte Gerkan. Sie ging vor allem auf die Bedenken des Städte- und Gemeindetages ein. Das Gremium befürchte negative Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge, wenn bei-

spielsweise die Wasserversorgung weiter liberalisiert oder privatisiert werde. Es bleibe die Befürchtung, dass die Kommunen hier unter Zugzwang geraten.

Eine weitgehende Privatisierung in den Bereichen Wasser, Bildung und Gesundheit wird es nach Ansicht von **Burkhard Lenz** (CDU) nicht geben. Er verwies dabei auf Aussagen der Kommission und nannte die Kritik der NGO unsachgemäß. „Eine Absenkung der Standards wird es nicht geben“, versicherte er. Eine Mehrheit der Deutschen und der Amerikaner wolle das Freihandelsabkommen. Das hätten Umfragen ergeben, betonte Lenz.

Der Linke-Abgeordnete **Henning Foerster** meldete dagegen Zweifel an. Gerade bei den Arbeitsnormen könne ein Abbau von Rechten nicht hingenommen werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund habe sich dafür ausgesprochen, klare, verbindliche Regeln für Arbeitnehmer in das Abkommen aufzunehmen. So solle die Vergabe öffentlicher Aufträge an soziale Standards gekoppelt werden. Es sei bekannt, dass die USA bislang selbst grundlegende und „hierzulande völlig unstrittige Arbeitsstandards“ nicht ratifiziert haben. Er nannte unter anderem das Recht der Beschäftigten, sich zur Wahrung ihrer Interessen in Gewerkschaften zu organisieren, und das Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge. Der Antrag seiner Fraktion fordere umfassende Informations- und Beteiligungsrechte ein. Als Parlamentarier könne man nicht gegen eine Stärkung der Demokratie sei, warb er um Zustimmung.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** sagte, dass sich in Umfragen zwar eine Mehrheit generell für das Abkommen ausgesprochen habe. Dennoch lehnten viele Befragte eine große Anzahl der Einzelregelungen ab. Bei dem Freihandelsabkommen würden Konzern-Lobbyisten „eiskalt“ ihre Interessen gegen den Bürgerwillen durchsetzen. Das wolle seine Fraktion nicht akzeptieren. So sollten die hier geltenden Verbraucherschutzregeln erhalten und verbessert werden. Auch Sozialstandards dürften nicht unterhöhlt werden. „Wir sind gegen diesen Ausverkauf unserer Heimat“, sagte Köster. Das Freihandelsabkommen müsse generell verhindert werden.

Drucksache 6/2824



Foto: Jens Büttner

Kritiker des geplanten Handels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und den USA befürchten z.B. die Privatisierung der Wasserversorgung in den Städten und Gemeinden.

## Bekenntnis zur dualen Ausbildung

Koalitionsantrag zu Spitzenqualifikation angenommen

Der Landtag legte am 10. April ein Bekenntnis zum dualen Ausbildungssystem und zu Spitzenqualifikationen in Industrie, Handel und Handwerk ab. Die Parlamentarier stimmten einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU mit großer Mehrheit zu. Insbesondere der Meisterbrief solle auch in Zukunft als Gütesiegel für qualifizierte Handwerker in Deutschland bestehen bleiben. Hintergrund waren Befürchtungen, die EU könne sowohl Meisterbrief als auch die duale Ausbildung infrage stellen. Die Kommission in Brüssel prüft derzeit nämlich, wie der Zugang zu reglementierten Berufen in den Mitgliedsstaaten erleichtert werden kann. Inzwischen gab Brüssel aber Entwarnung.

Gut ausgebildete Fachkräfte seien in Zukunft noch mehr als heute Garant für eine leistungsfähige Wirtschaft, betonte **Jochen Schulte** (SPD) bei der Begründung des Antrags. Das hierzulande gewachsene duale Ausbildungssystem habe sich bewährt, sagte er auch mit Blick auf EU-Länder, die deutlich mehr mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben als Deutschland. Gleichwohl klage bundesweit jedes zweite Unternehmen über Nachwuchssorgen. „Der Wettbewerb um den Berufsnachwuchs wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen“, prognostizierte er. Schulte appellierte an Betriebe, Kammern und das Wirtschaftsministerium in M-V, für die notwendige finanzielle Unterstützung bei Aus- und Weiterbildung zu sorgen.

Auch Wirtschaftsminister **Harry Glawe** warb für das duale Ausbildungssystem und für eine Stärkung der Spitzenqualifikation in Industrie, Handwerk und Handel. Der Erfolg beruhe auf der Verbindung von beruflicher Praxis im Betrieb mit der Theorie in der Berufsschule. „Die deutsche Berufsbildung genießt in vielen Ländern einen herausragenden Ruf, sie gilt als bewährt und wird nachgefragt“, betonte der Minister. „Wer den Meister abschaffen will, legt die Axt an den Qualitätsabschluss Nummer Eins im Handwerk an“, warnte er. Er wies zudem auf Erfolge der Fachkräftekampagne „Durchstarten in MV“ hin. Hier seien inzwischen rund 1.150 Unternehmen mit 2.720 Ausbildungsangeboten in 288 Berufen vertreten. Linke-Fraktionschef **Helmut Holter** kritisierte den Antrag als „fast gänzlich inhaltsleer“. Er vermisse konkrete Aussagen. „Wie wollen Sie die duale Ausbildung sichern und stärken?“, fragte er. Dazu gebe es keine Antworten. Zudem gehe der Antrag in keiner Weise auf die schwierige Lage an den Berufsschulen ein. Auch die nach wie vor zu hohe Schulbrecher-Quote spiele keine Rolle. Dabei sei es wichtig, dass möglichst viele Schüler einen qualifizierten Abschluss erwerben. Auch die Unternehmen müssen Holter zufolge mit



Foto: Jens Büttner

Praxis im Betrieb, Theorie in der Berufsschule – das duale Ausbildungsmodell in Deutschland hat sich bewährt.

lukrativen Angeboten, wie Verpflegungszuschüssen oder die Aussicht auf Übernahme, um Nachwuchs werben.

Der CDU-Wirtschaftspolitiker **Wolfgang Waldmüller** mahnte die Europäische Kommission, bei der Suche nach Zugangs erleichterungen für bestimmte Berufe nicht erfolgreiche Systeme zu verstümmeln, sondern sich daran zu orientieren. Schließlich seien einige Länder bereits dabei, die duale Ausbildung zu übernehmen. „Ich halte dies für den richtigen Weg, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa wirksam zu bekämpfen“, sagte Wolfgang Waldmüller. „Wir brauchen das duale Ausbildungssystem mit seinen Aufbau- und Zusatzqualifikationen. Und deswegen ist die Fortführung erfolgreicher Kampagnen wie ‚Durchstarten in MV‘ oder ‚Besser ein Meister‘ genau richtig“, betonte Waldmüller. So ist die Anzahl der Meisterabsolventen im Land seinen Worten nach bis zum Jahr 2012 gegenüber dem Jahr 2009 um 26 Prozent gestiegen.

Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** wies auf die „überproportional hohe“ Abbrecher-Quote während der Ausbildung hin. Oft gehe sie mit mangelnder sozialer Kompetenz einher. Es sei wichtig, die duale Ausbildung attraktiv zu gestalten, damit junge Leute dafür gewonnen werden können. Auch Jugendliche aus Ländern wie Spanien, betonte Suhr. Bei deren Integration gebe es in M-V Nachbesserungsbedarf. Es sei richtig, über diesen Antrag ein Signal zu geben, „dass wir zum Meisterberuf und zur dualen Ausbildung in diesem Land stehen“, sagte Suhr.

Auch NPD-Fraktionsvorsitzender **Udo Pastörs** wies auf die Bedeutung des Meistertitels hin. Bei einer Abschaffung müssten die hochqualifizierten Gesellen und Meister hierzulande in direkte Konkurrenz mit Arbeitskräften aus EU-Ländern treten, die schlechtere Voraussetzungen hätten. Seit 2004 seien bereits 41 Meisterberufe „mehr oder weniger liquidiert“ worden, sagte Pastörs und fügte hinzu: „Sie sind Anhänger der EU, wir sind Feinde der EU, weil wir sagen, die EU bedeutet für unser Land eine Regulierung, eine Nivellierung nach unten.“

Der Antrag fand Zustimmung bei SPD, CDU und DIE LINKE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD enthielten sich der Stimme.

DIE LINKE hatte in einem Änderungsantrag gefordert, staatliche Ausbildungsplätze in allen Berufsfeldern zu schaffen, eine duale Ausbildung in den Bereichen zu stärken, die sich nicht für eine vollzeitschulische Ausbildung eignen, sowie für eine ausreichende finanzielle und personelle Ausgestaltung zu sorgen. Diese Erweiterung des Koalitionsantrags fand aber keine Mehrheit.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/2830

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/2877

## Nachtragshaushalt

### Extrageld für die Kommunen

Der Landtag hat am 1. April den Etat für die Jahre 2014 und 2015 um jeweils 40 Millionen Euro aufgestockt und damit die rechtliche Voraussetzung für die Auszahlung dieser Zusatzmittel an die Kommunen geschaffen. Das Parlament stimmte einstimmig und ohne weitere Aussprache dem Nachtragshaushalt zu. Erst einen Tag zuvor hatte Finanzministerin Heike Polzin die Ergänzung ins Parlament eingebracht. Das Geld stammt aus dem Millionenüberschuss, den das Land 2013 wegen unerwartet hoher Steuereinnahmen erzielte. Beim Kommunalgipfel im Februar hatte die SPD/CDU-Koalition dem beharrlichen Drängen der zum Teil hoch verschuldeten Kreise und Kommunen nachgegeben und weitere Extrazahlungen zugesichert.

Drucksachen 6/2815 und 6/2879

# Erhalt der Südbahn gefordert

Parteiübergreifender Gruppenantrag fand keine Mehrheit

Die Zukunft der Südbahn stand am 10. April erneut auf der Tagesordnung des Plenums – diesmal auf Grund eines fraktionsübergreifenden Antrags. Acht Landespolitiker haben darin den Erhalt der Bahn auf der ganzen Strecke von Hagenow bis nach Neustrelitz gefordert. Neben den Oppositionspolitikern Barbara Borchardt, Jacqueline Bernhardt, Karen Stramm, Torsten Koplín, Peter Ritter, Dr. André Brie (alle DIE LINKE) und Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat sich auch der CDU-Abgeordnete Wolfgang Waldmüller dem Antrag angeschlossen. Das Ansinnen fand erwartungsgemäß keine Mehrheit.

Als Gäste verfolgten Vertreter der Bürgerinitiative „Pro Schiene Hagenow – Neustrelitz“ die Debatte. Die Initiative fordert, wie auch die Gruppe der Antragsteller, den Erhalt des Schienenverkehrs auf der gesamten Strecke der Südbahn von Hagenow über Parchim, Malchow und Waren bis nach Neustrelitz. Das Land will die Strecke in Kürze neu ausschreiben. Für das Teilstück Parchim – Malchow sehen die Planungen die Umstellung auf Busverkehr vor.

Die Linke-Abgeordnete **Barbara Borchardt** hob bei der Begründung des Antrags hervor, dass die acht Abgeordneten im Interesse vieler Bürger und auch der Landräte der angrenzenden Kreise handelten. Der Kampf für den Erhalt der Südbahn sei parteiübergreifend. Sie appellierte an die Verantwortlichen im Land, nicht nur eine „Leuchtturm-Politik“ zu betreiben. Eine Stilllegung der Teilstrecke schwäche die Fläche und schade auch dem Tourismus in der Region. Verkehrspolitik bedeute nicht, alles abzuschaffen, was sich derzeit nicht rechnet, mahnte sie.

Verkehrsminister **Christian Pegel** verteidigte die geplante Stilllegung der Teilstrecke. Die Nutzung der Züge zwischen Parchim und Malchow sei sehr gering. Mitunter seien dort nur zehn bis 15 Passagiere je Zug unterwegs. Nach Einschätzung von Fachleuten werde die Zahl auch künftig nicht zunehmen, sagte der Minister. Der geplante Busverkehr ist seinen Worten nach eine „kluge Alternative“. Angesichts der knappen Mittel müsse das Land Schwerpunkte bei der Verkehrsplanung setzen. „Das Land kann sich nicht alles leisten, was wünschenswert ist“, sagte der Minister. Er äußerte Verständnis für Wünsche und Proteste der betroffenen Menschen. „Aus Landessicht muss aber das gesamte Land im Vordergrund stehen“, warb Pegel für seine Position. Er kündigte eine Neuausschreibung für den Betrieb der Regionalstrecken an, das Vergabeverfahren solle im Mai beginnen.

„Mich überzeugen die Argumente des Verkehrsministeriums nicht“, sagte der CDU-Politiker **Wolfgang Waldmüller**, der trotz der Kritik aus den eigenen Reihen bei seiner von der



Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative „Pro Schiene Hagenow – Neustrelitz“ verfolgten auf der Besuchertribüne die Landtagsdebatte und reagierten enttäuscht auf das Abstimmungsergebnis. Foto: Landtag M-V

Koalitionsmeinung abweichenden Haltung blieb. Es gebe Gründe für die geringe Nutzung der Bahn. „Und die haben mit mangelnder Attraktivität zu tun“, betonte Waldmüller. „Der Bedarf ist da. Parallelverkehr mit Bussen und fehlende Vernetzung verhindern aber eine bessere Bahnnutzung“, sagte der CDU-Parlamentarier. Seiner Meinung nach ist die Streckenschließung aus landesplanerischer Sicht falsch.

Nach Angaben des SPD-Abgeordneten **Jochen Schulte** droht das Land mittelfristig gut ein Drittel der vom Bund gewährten Mittel für den Regionalverkehr zu verlieren. Bislang bekomme Mecklenburg-Vorpommern 240 Millionen Euro im Jahr. Er verteidigte die geplante Teilumstellung auf Schienenersatzverkehr: „Das ist die beste Möglichkeit, um den Nahverkehr sicherzustellen.“ Er warf den Antragstellern Populismus aus kommunalpolitischen Erwägungen vor.

Die Landesregierung sei „mit ihrem Latein am Ende“, sagte der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster**. Mit der Teilschließung wird seiner Ansicht nach das Aus für die gesamte Strecke eingeleitet. Wer leichtfertig Infrastruktur aufgibt, der gebe das Land auf, sagte Köster.

**Jutta Gerkan** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) appellierte an die Landesregierung, endlich den Protest der betroffenen Bürger zur Kenntnis zu nehmen. Mitte März hatten beispielsweise vor dem Landtag etwa 120 Menschen für den Erhalt der Strecke demonstriert. Gerkan beklagte, dass die Verkehrspolitik des Landes von jeher auf die Straße ausgerichtet war. Fehlende Investitionen in die Bahn würden sich nun rächen. Die reine Kostenabwägung dürfe bei den Planungen des Landes nicht allein den Ausschlag geben. Sie warnte davor, die Bahn noch unattraktiver zu machen, weil sonst unter anderem noch mehr Berufspendler aufs Auto umsteigen würden.

Drucksache 6/2829

# Weitere Beschlüsse des Landtages

## Gesundheitscheck

Künftig sollen Eltern an den freiwilligen Gesundheitscheck ihrer 12 bis 14 Jahre alten Sprösslinge beim Kinderarzt erinnert werden. Jährlich kommen etwa 13.000 Jugendliche für diese sogenannte J1-Untersuchung in Mecklenburg-Vorpommern in Frage. Ein entsprechendes Gesetz hat der Landtag am 9. April beschlossen. Zudem wird es Gemeinden ermöglicht, die Kosten für die Überwachung von Gewässern dem Betreiber der jeweiligen Badestelle aufzuerlegen. Gesundheitsdienstleister werden in der Novelle zur Bereitstellung einer Berufshaftpflichtversicherung für Heilberufe verpflichtet. Das soll künftig auch wirksam kontrolliert werden. Mit der Novelle setzte der Landtag EU-Richtlinien zu Patientenrechten und für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der EU-Mitgliedsstaaten um.

*Drucksachen 6/2610 und 6/2864*

## Zusammenarbeit im Ostseeraum

Die Landesregierung hat dem Parlament am 9. April ihren Jahresbericht über die Zusammenarbeit im Ostseeraum für den Zeitraum 2012/2013 vorgelegt. Die enge Kooperation der Anrainerstaaten werde für Mecklenburg-Vorpommern immer wichtiger, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, heißt es im Bericht. Nur so könnten Wachstumspotenziale erschlossen, Innovationen entwickelt und eine hohe Lebensqualität erreicht werden. Der Bericht informiert unter anderem über den Stand der Meerespolitik, die Zusammenarbeit im Tourismus und im Bereich Erneuerbare Energien.

*Drucksachen 6/1898 und 6/2849*



Foto: Jens Büttner

## Gegen Atommüll-Castoren in Lubmin

Der Landtag lehnt über alle Parteigrenzen hinweg die Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll aus den Wiederaufarbeitungsanlagen Sellafield und La Hague im Zwischenlager Nord in Lubmin ab. Das machten am 11. April Sprecher aller Fraktionen erneut deutlich. Dennoch fand ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu keine Mehrheit. Die klare Haltung von Regierung und Landtag sei seit langem bekannt, eine Bekräftigung per Beschluss nicht erforderlich, begründete Innenminister Lorenz Caffier die Ablehnung durch die Regierungsfaktionen SPD und CDU. Deutschland muss insgesamt 26 Behälter bis spätestens 2015 aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in England und Frankreich zurücknehmen. Noch ist unklar, wo sie deponiert werden sollen. Ein Endlager gibt es in Deutschland noch nicht. Ein Drittel des Atommülls stammt nach Grünen-Angaben aus Bayern und Hessen.

*Drucksache 6/2836*

## Nachruf

Der frühere Landtagsabgeordnete und Kultusminister von Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Dr. Peter Kauffold, ist im Alter von 76 Jahren nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Der promovierte Biologe, der bis 1990 als Wissenschaftler am Forschungszentrum für Tierproduktion Dummerstorf bei Rostock tätig war, kam erst nach dem Mauerfall in die Politik. Er gehörte von März bis Oktober 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an und war von April bis August 1990 Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft der DDR. Von 1990 bis 1993 gehörte er dem Landtag an, war hier stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion sowie Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses. 1998 berief ihn der damalige SPD-Ministerpräsident Harald Ringstorff in seine Regierung, der Kauffold bis 2002 als Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur angehörte.

Foto: Uwe Balewski



# Kreativmarkt

Öffentliche Anhörung zur Kultur- und Kreativwirtschaft in M-V

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Kultur- und Kreativwirtschaft, zu der unter anderem die Design-, Musik- und Filmwirtschaft sowie der Kunst-, Buch- und Werbemarkt gehören, durch viele Kleinunternehmen und freiberuflich Tätige geprägt. Um zu erfahren, wie es aktuell um die Kultur- und Kreativwirtschaft in unserem Land steht, führte der Wirtschaftsausschuss auf Antrag der Fraktion DIE LINKE am 27. März eine öffentliche Anhörung durch, an der Vertreter des Silberfuchs-Verlages-Hören und Wissen sowie des Kompetenzzentrums der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung teilnahmen.

Im Rahmen der Anhörung wurde deutlich, dass die ökonomischen Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft sehr hoch sind. Einerseits schaffe die Kreativwirtschaft regionale Beschäftigung, bediene regionale Märkte und stärke damit die Binnenwirtschaft. Darüber hinaus sei der Altersdurchschnitt der Akteure sehr niedrig. Insbesondere für den ländlichen Raum sei die Branche daher enorm wichtig, da sie aktuellen Tendenzen – wie dem Rückgang der Bevölkerung – aktiv entgegenwirke und neue, zukunftsfähige Wissensressourcen einbringe.

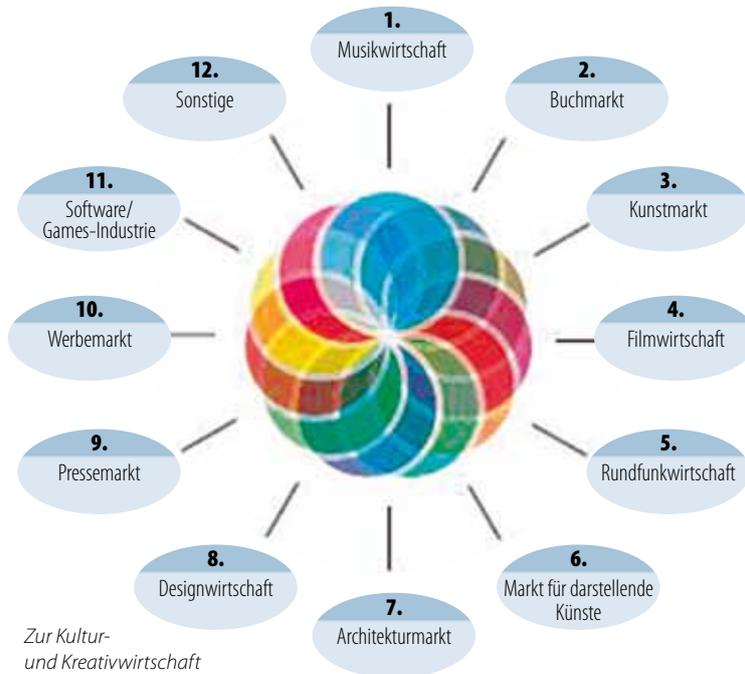
Die Bundesregierung hat 2007 die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft mit dem Ziel gestartet, die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu erhöhen und die Erwerbchancen innovativer kleiner Kulturbetriebe sowie freischaffender Künstlerinnen und Künstler zu verbessern. Im Rahmen der bisherigen Projektarbeit sei die Orientierungsberatung auch in Mecklenburg-Vorpommern gut angenommen worden. Der Bedarf sei aber insbesondere in ländlichen Regionen nicht annähernd gedeckt.

Für das Fundament der kreativen Selbstständigkeit würden in der Regel keine umfangreichen Produktionsanlagen benötigt, auch sei der Finanzierungsbedarf relativ gering. Gerade die knappen Finanzressourcen hemmten aber oftmals das unternehmerische Wachstum. Zudem erschwere das Fehlen großer Interessenverbände den Dialog mit den Wirtschaftsakteuren der Kultur- und Kreativwirtschaft. Dadurch

## Kultur- und Kreativwirtschaft

Die schöpferischen und gestaltenden Menschen sind die Basis der Kultur- und Kreativwirtschaft: Autoren, Filmemacher, Musiker, bildende und darstellende Künstlerinnen und Künstler, Architekten, Designer und die Entwickler von Computerspielen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird insbesondere von Freiberuflern sowie von Klein- und Kleinstbetrieben geprägt.

[www.kultur-kreativ-wirtschaft.de](http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de)



Zur Kultur- und Kreativwirtschaft werden elf Teilmärkte bzw. -branchen gezählt.  
[www.kultur-kreativ-wirtschaft.de](http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de)

blieben diese auch für die regionale Wirtschaftspolitik oft verborgen. Die Sichtbarkeit könne erhöht werden, wenn die Unternehmer der Kreativwirtschaft stärker ihre Leistungsfähigkeit darstellen könnten. Um die Potenziale der eigenen kreativen Tätigkeit zu entwickeln, sei vor allem mehr Aufklärung und Coaching sowie stärkere politische und finanzielle Unterstützung vom Land wichtig.

Der Wirtschaftsausschuss beabsichtigt, sich mit dem Thema nach der Sommerpause erneut zu befassen. Er wolle sich dann auch über das Ergebnis des Ideen-Wettbewerbs unterrichten lassen, der in diesem Jahr erstmals für Kreativschaffende landesweit ausgelobt wurde. Der Wettbewerb wird vom Projekt „Kreativmacher Mecklenburg-Vorpommern“ durchgeführt und vom Wirtschaftsministerium des Landes aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds unterstützt.

## Im Dienste der Bürger

Petitionsausschuss beriet in Neubrandenburg

Am 20. und 21. März führte der Petitionsausschuss des Landtages drei Sondersitzungen in Neubrandenburg durch. Neben der Verständigung zu Grundsatzfragen des Petitionswesens, insbesondere zu den Vor- und Nachteilen einer sogenannten Öffentlichen Petition, ging es um eine Petition der Bürgerinitiative „Bürger für Neubrandenburg“ gegen einen geplanten Mobilfunkmast und um die Besteuerung von Renten, die im Ausland lebende Rentner beziehen.



Der Petitionsausschuss tagte in Neubrandenburg.

Foto: Landtag M-V

## Mobilfunkmast

Mit ihrer Petition an den Landtag wendet sich die Bürgerinitiative „Bürger für Neubrandenburg“ gegen die geplante Errichtung eines Mobilfunkmastes der Telekom AG in der Nähe eines Wohngebietes. An der Vor-Ort-Beratung des Petitionsausschusses nahmen neben Regierungs- und Behördenvertretern sowie Vertretern der Telekom AG fünf Vertreter der Bürgerinitiative teil.

Die Bürgervertreter verwiesen vor allem auf die aus ihrer Sicht bestehenden Gefahren für Mensch und Umwelt durch die hochfrequenten Strahlen solcher Anlagen. Ihren Vorwurf, der Staat verletze seine Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern, begründeten die Petenten damit, dass die vom Bund festgelegten Grenzwerte für diese Strahlung viel zu hoch seien und dass außerdem auf Landesebene der Ausbau solcher Anlagen nicht koordiniert erfolge.

Die genannten Gefahren bestünden nicht, wies der Vertreter des Landesamtes für Gesundheit und Soziales die Argumentation der Bürgerinitiative zurück. Deren ins Feld geführte Studien seien nicht belastbar.

Der Vertreter des zuständigen Amtes für Raumordnung verwies auf den Raumordnungs-Grundsatz, vorhandene Funkmasten von den verschiedenen Anbietern möglichst gemeinsam zu nutzen. Dies lehnt im vorliegenden Fall die Telekom AG allerdings ab.

Zum Verfahrensstand führten die Vertreter der Stadt Neubrandenburg aus, dass die Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur für die Anlage vorliege, die Stadt bereits einen Mietvertrag mit der Telekom AG über den Standort geschlossen habe und derzeit das Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werde.

Im Anschluss an die intensiv geführte dreistündige Diskussion kam der Ausschuss übereinstimmend zu dem Ergebnis, zu den möglichen Gefahren, insbesondere zur Gefährdung von Kindern, sowie zum Verfahren selbst noch weitere Stellungnahmen einzuholen und deshalb das Petitionsverfahren vorerst nicht abzuschließen.

## Auslands-Renten

Am darauffolgenden Tag behandelten die Abgeordneten gemeinsam mit Vertretern des Finanzamtes und des Finanzministeriums im Finanzamt Neubrandenburg ein Thema, das immer wieder Gegenstand zahlreicher Petitionen ist: Die Besteuerung von Renten, die von der Deutschen Rentenversicherung an im Ausland wohnende Rentner gezahlt werden. Sie erfolgt auf der Grundlage des 2005 in Kraft getretenen Alterseinkünfte-Gesetzes, wobei seit dem Jahr 2009 für die Rentenbesteuerung aller im Ausland lebenden Rentner das Finanzamt Neubrandenburg zuständig ist. Erst seit 2009 konnten mit Hilfe des sogenannten Rentenbezugsmitteilungsverfahrens alle im Ausland lebenden steuerpflichtigen Rentner ermittelt und unter Beachtung bestehender Doppelbesteuerungsabkommen veranlagt werden. Aus diesem Grund erhielten viele Rentenempfänger erst in den Jahren 2011 und 2012 ihre Steuerbescheide für das Jahr 2005. Nachdem die geltende Rechtslage sowie das vom Finanzamt Neubrandenburg durchgeführte Verfahren umfänglich dargestellt und erörtert worden war, beriet der Ausschuss drei hierzu eingereichte Petitionen, die er sodann abschloss.

## Energiewende

Erfahrungsaustausch und Kooperation zwischen M-V und Westpommern

**Um Erfahrungen bei der Umsetzung der Energiewende auszutauschen und grenzüberschreitende Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, trafen sich Abgeordnete des Landtages sowie des Sejmik der polnischen Woiwodschaft Westpommern am 1. April zu einer gemeinsamen Beratung im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Hier besuchten sie das BioEnergieDorf Bollewick sowie das Biomasse-Heizkraftwerk im Landeszentrum für Erneuerbare Energien (LEEA) Neustrelitz. Weitere Treffen sind geplant.**



Abgeordnete aus M-V und aus Westpommern bei der Besichtigung des Biomasse-Heizkraftwerkes im Landeszentrum für Erneuerbare Energien Neustrelitz.

Foto: Landtag M-V

## Bioenergiedorf

In Bollewick informierten sich die Abgeordneten über das Konzept von Bioenergiedörfern, die Umsetzung sowie die Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgern. Sie ließen sich die unterschiedlichen Techniken von Erneuerbare-Energien-Anlagen, deren Anwendungsmöglichkeiten, Finanzierung und Betrieb erläutern und besichtigten Demonstrationsanlagen.

## Biomasse-Heizkraftwerk

Am Folgetag setzten sie nach dem Besuch des Biomasse-Heizkraftwerkes im Landeszentrum für Erneuerbare Energien (LEEA) Neustrelitz ihre Beratungen fort, um Einzelaspekte der Zusammenarbeit zu vertiefen. Dabei ging es u.a. um die aktuellen Schwerpunkte der Landesenergiepolitik sowie der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, mögliche Projekte im Rahmen des EU-Programms HORIZON 2020, die Gründung eines Kompetenzzentrums für Erneuerbare Energien in der Woiwodschaft Westpommern sowie Beispiele und Möglichkeiten grenzüberschreitender Projekte zur Nutzung von Biomasse.

Im Ergebnis trugen die Veranstaltungen zu einer möglichen Projektzusammenarbeit des LEEA in Neustrelitz, der Landesregierung, des Zentrums für Erneuerbare Energien Hermann Scheer (E.I.C.H.E. e.V) in Eberswalde sowie der polnischen Gemeinde Karlıno zur Gründung eines Kompetenzzentrums für Erneuerbare Energien bei. Die als Gäste anwesenden Bürgermeister polnischer Gemeinden sind an einer Projektzusammenarbeit im Rahmen des EU-Programms HORIZON 2020 interessiert. Ebenfalls hohes Interesse an einer vertieften grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Energiebereich bekundete die Vertreterin der polnischen Botschaft in Berlin.

Auf Wunsch der polnischen Nachbarn wurden weitere gemeinsame Sitzungen noch im laufenden Jahr vereinbart.

# Tourismus in der Ostseeregion

Landtagsdelegation bereitet Parlamentsforum Südliche Ostsee mit vor

**Vom 19. bis 22. Mai findet in Kaliningrad das 12. Parlamentsforum Südliche Ostsee statt. Zur Vorbereitung dieser Konferenz trafen sich Delegationen der Partnerparlamente am 3. und 4. April im polnischen Olsztyn. Unter Leitung von Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp nahmen die Abgeordneten Barbara Borchardt, Jutta Gerkan und Andreas Texter an dem Vorbereitungstreffen teil.**

Die Delegationen waren sich einig, dass es eine gemeinsame Aufgabe ist, den Tourismus in der Ostseeregion nachhaltiger zu gestalten und dazu im Rahmen des Jahrestreffens im Mai zu beraten. Unter anderem gehe es um die Frage der gleichmäßigeren Auslastung der touristischen Infrastruktur in der gesamten Region und die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards für touristische Angebote im Kreuzfahrt-Tourismus. Weiterer Schwerpunkt des Jahrestreffens wird die grenzüberschreitende Förderung des Gesundheitstourismus sein. Dies ist für alle Regionen eine Herausforderung, da alle mit dem Problem einer älter werdenden Gesellschaft konfrontiert sind. Schließlich wurde unter dem Motto „Das Lächeln der Südlichen Ostsee“ ein Fotowettbewerb initiiert. Schülerinnen und Schüler sind aufgerufen, Fotomotive aus ihren Regionen einzureichen, die in den Partnerparlamenten gezeigt werden sollen.

*Im Parlamentsforum Südliche Ostsee arbeiten die Landes- bzw. Regionalparlamente von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren und Kaliningrad zusammen. Die südschwedische Region Schonen wirkt als Beobachter mit.*





Siegerehrung der Sekundarstufe II – v.l.: Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück, Bildungsminister Mathias Brodkorb, Lucas Wiedemann (Werkstattsschule Rostock), Heiko Schön (Landeskoordinator), Jonas Simon (Einstein-Gymnasium Neubrandenburg), Lea Jäger (Gymnasium am Tannenbergr Grevesmühlen), Ansgar Kemmann (Hertie-Stiftung), Elisabeth Hunfeld (Jahn-Gymnasium Greifswald).  
Foto: Landtag M-V

# Streiten für die Demokratie

Landesfinale „Jugend debattiert“ im Plenarsaal

Streit kann wichtig sein und selbst Juristen begeistern. „Es macht Spaß zuzuhören“, sagte jedenfalls Verfassungsrichterin Hannelore Kohl, als sie am 24. April im Landtag die leidenschaftlichen Wortgefechte der Schüler beim Landesfinale von „Jugend debattiert“ verfolgte. Sie gab sich unmissverständlich als Anhängerin des Wettbewerbs zu erkennen. Genau wie Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück und Bildungsminister Mathias Brodkorb, die die Finalisten und Zuschauer des Landesfinals im Plenarsaal begrüßten.

„Wer Demokratie gestalten will, muss in der Lage sein, Argumente auszutauschen, muss debattieren können“, betonte der Minister. Und die 2. Vizepräsidentin des Landtages Regine Lück sieht das ganz ähnlich: „Politik lebt von guten Debatten. Gute Debatten ermöglichen, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger eine eigene Meinung bilden kann.“ Genau deshalb sei das Landesparlament nicht nur Gastgeber, sondern seit dem vergangenen Jahr auch Kooperationspartner von „Jugend debattiert“ in Mecklenburg-Vorpommern, unterstrich die Landespolitikerin.

Rund 5.000 Schülerinnen und Schüler an 51 Schulen hatten sich am diesjährigen Wettbewerb im Nordosten beteiligt. Etwa 200 Lehrer haben die Schüler darauf vorbereitet. Die Jugendlichen qualifizierten sich in Vergleichen an den Schulen und dann in den vier Regionalverbänden des Landes. Aufgeteilt in zwei Altersgruppen, trafen die Besten nun im Schweriner Schloss aufeinander – zunächst in Vorrunden am Vormittag, in denen sich schließlich acht junge Redner durchsetzten. Diese standen sich dann am späten Nachmittag in zwei spannenden Finaldebatten im Plenarsaal gegen-

über – genau dort, wo sich auch die „richtigen“ Politiker so manch hitziges Rededuell liefern. Die Finalisten hatten sich mit klugen Argumenten gewappnet, die sie vor den rund 100 Zuschauern aus verschiedenen Schulen des Landes rhetorisch gewandt vortrugen. Nach festen Regeln: Zu Beginn der jeweils 24-minütigen Debatte hatte jeder der vier Debattanten zwei Minuten ungestörte Redezeit. Anschließend folgten zwölf Minuten freie Aussprache. Für das Schlusswort stand jedem eine Minute zur Verfügung. Die Jury bewertete Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft der Teilnehmenden.

„Sollen in Mecklenburg-Vorpommern Computerspiele als Lernmittel in der Schule zugelassen werden?“, hieß das Thema für das Redner-Quartett der Klassen 8 bis 10. **Juliane Haarmann** (Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium Greifswald), **Linn Kreutschmann** (Werkstattsschule Rostock), **Rieke Kelling** (Gymnasium am Tannenbergr Grevesmühlen) und **Kim Ariane Schmidtchen** (Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg) lieferten zu diesem Thema Pro- und Contra-Argumente. Am Ende siegte Linn Kreutschmann vor **Rieke Kelling**. Der Sieger bei den Klassen 10 bis 13 kommt ebenfalls aus der Rostocker Werkstattsschule. **Lucas Wiedemann** gewann vor **Jonas Simon** vom Albert-Einstein-Gymnasium in Neubrandenburg. „Soll in Mecklenburg-Vorpommern die Onshore-Ölfeldentwicklung weiter vorangetrieben werden?“, hieß das anspruchsvolle Thema dieser Debatte, in der **Lea Jäger** (Gymnasium am Tannenbergr Grevesmühlen) und **Elisabeth Hunfeld** (Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium Greifswald) die Plätze 3 und 4 belegten. Die Erst- und Zweitplatzierten der beiden Altersgruppen qualifizierten sich für das Bundesfinale Ende Juni in Berlin. „Jugend debattiert“ gilt als das größte privat finanzierte Projekt zur sprachlichen und politischen Bildung in Deutschland. Bundesweit beteiligen sich mehr als 175.000 Schüler und rund 7.000 Lehrer in fast 1.000 Schulen. Träger und Förderer des Projektes sind die Gemeinnützige Hertie Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, die Heinz Nixdorf Stiftung und die Mercator Stiftung. Schirmherr ist der Bundespräsident. Die Kultusministerien sowie die Länderparlamente unterstützen die Veranstaltungen.

# Blick über den Tellerrand

Ältestenrat des Landtages informierte sich in Spanien und Portugal

Weltkulturerbe, erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, Berufsausbildung und Tourismus waren die Hauptthemen, die bei der Ältestenratsreise vom 17. bis 21. März auf die iberische Halbinsel auf der Agenda standen. Bei den Treffen mit Parlamentsabgeordneten, Regierungsvertretern und Unternehmern ging es nicht nur um den Austausch von Meinungen und Erfahrungen, sondern auch um das Knüpfen von Kontakten und die Weichenstellung für künftige Kooperationen.

## Auftakt in Sevilla

Im spanischen Sevilla wurde die Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern vom stellvertretenden Bürgermeister der Stadt, Dr. Francisco Javier Landa Bercebal, begrüßt. Als Gastgeschenk überreichte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider ein Sternenzertifikat der Schweriner Schlosskirche. Anschließend besichtigte die Delegation das historische Rathaus und das „Museo del baile Flamenco“ von Sevilla. Das Museum rund um den spanischen Nationaltanz, der seit 2010 als immaterielles Kulturerbe der UNESCO anerkannt ist, gilt als eines der modernsten Museen Spaniens. Es erhält keinerlei staatliche Unterstützung, sondern finanziert sich ausschließlich über die täglichen Flamenco-Shows, Workshops, einen Bucherverlag und den Museumsshop. 95 Prozent der Besucher seien Ausländer, hauptsächlich aus Deutschland, Italien, Frankreich, England und China.

Das historische Erbe sei für den Fremdenverkehr enorm wichtig, sagte der Parlamentspräsident von Andalusien, Manuel Gracia Navarro, beim Treffen am Folgetag. Weitere herausragende Themen des Parlaments seien der Schutz der sozialen Rechte sowie der Umwelt- und Naturschutz. Andalusien habe den größten Anteil an erneuerbaren Energien, wobei die Solarenergie im Vordergrund stehe. „Unternehmen aus Sevilla bauen gerade in den USA eine hochmoderne Photovoltaik-Anlage“, sagte Navarro mit Stolz. Beim Tourismus sei man vom Massentourismus zum strategischen Tourismus übergegangen. Man habe erkannt, welche wichtige Rolle der Naturschutz für den Arbeitsmarkt und den Tourismus spiele. Ein großes Problem sei die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Dies bekräftigten auch die Ausschussvorsitzenden für Wirtschaft und Bildung, Kultur sowie die Sprecher des andalusischen Parlaments bei dem Gespräch mit den norddeutschen Abgeordneten. Es würden im Bildungsbereich große Anstrengungen zu Qualitätssteigerung unternommen, wobei das Duale Ausbildungssystem besonders wichtig sei.

## Weltkulturerbe „Real Alcázar“

Um den Umgang mit einem Weltkulturerbe ging es beim Besuch der Welterbestätte „Real Alcázar“. Königspalast, Kathedrale und Archiv erhalten keine Zuschüsse vom Land, sondern finanzieren sich selbst. Durch die jährlich 1,3 Millionen Besucher würden rund neun Millionen Euro einge-



*Der mittelalterliche Königspalast „Alcázar“ in Sevilla steht seit 1987 auf der UNESCO-Liste.*

nommen, erklärte der Direktor und Konservator der Welterbestätte, Jacinto Pérez Elliott. Die Stadt stehe in der Pflicht, das Weltkulturerbe zu erhalten und zu schützen, betonte er. Bei der Instandhaltung dürften zwar moderne Kunststoffe verwendet werden, Original und Nachbau müssten jedoch genauestens gekennzeichnet sein. Sehr wichtig sei die Pufferzone um Alcázar herum.

Alcázar hätte den Welterbe-Status beinahe verloren, als ein moderner Büro-Turm in der Pufferzone gebaut wurde.

## Empfang bei der Regionalregierung

Beim anschließenden Empfang bei der Regionalregierung wurde die Delegation von der Vizeministerin María Felicidad Montero Pleite sowie von Herrn Alfonso Garrido Ávila begrüßt. Der Koordinator des Generalsekretariats für Außenbeziehungen berichtete von den guten Beziehungen zu Deutschland. Die Direktorin des Andalusischen Instituts für Frauen und Beauftragte für Gleichberechtigung, Gesundheit und Sozialpolitik Silvia Onate Moya informierte über die Strategien zur Gleichstellung von Männern und Frauen, berichtete über die Arbeit der Frauenhäuser in Andalusien, über ein „Schutznetzwerk“ mit kostenloser, vertraulicher Telefon-Hotline sowie über ein „Bürgernetz“ zur Prävention und Früherkennung von Gewalt in Familien.

Gesprächspartnerin zum Thema Fremdenverkehr war Manuela Gonzáles Manas, Generaldirektorin für Qualität, Innovation und Tourismusförderung. Das kulturelle Erbe, handwerklicher Reichtum, Gastronomie und die Natur seien enorm wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt, betonte sie. Andalusien setze auf Nachhaltigkeit und die Optimierung von Ressourcen. Kultur- und Naturschutz hätten einen sehr hohen Stellenwert, 35 Prozent der Fläche Andalusiens unterlägen Schutzmechanismen, die Immobilien-Branche werde sehr stark kontrolliert, aktuell würde gerade eine „Touristenpolizei“ eingeführt. Tourismusförderung sei eine Querschnittsaufgabe, sagte Gonzáles Manas. Leitmotiv sei die Verbesserung der Qualität der einzelnen Zielorte. Die Touristen sollen Andalusien nicht nur einmal



Vor dem Regierungspalast von Sevilla (v.l. Beate Schlupp, Silke Gajek, Alfonso Garrido Ávila, Johann-Georg Jaeger, María Felicidad Montero Pleite, Wolf-Dieter Ringguth, Sylvia Bretschneider, Armin Tebben, Silvia Onate Moya, Peter Ritter, Regine Lück.

besuchen, sondern wiederkommen. Welterbe-Städte wie Cordoba, Sevilla und Granada seien stark in die Programme eingebunden.

## Öko-Landbau und erneuerbare Energien

Um die Themen Landwirtschaft, biologischer Anbau und erneuerbare Energien ging es bei den Gesprächen im regionalen Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und ländliche Entwicklung. Acht Prozent der Bevölkerung seien in der Landwirtschaft beschäftigt – hauptsächlich in Familienbetrieben, die sich zu Genossenschaften zusammengeschlossen hätten, um ihre Kräfte für den Vertrieb zu bündeln. Beim biologischen Anbau sei Spanien weltweit führend, über 50 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen würden unter biologischen Gesichtspunkten bewirtschaftet. Einblick in die Praxis bot sich beim anschließenden Besuch des biologisch-ökologischen Landwirtschaftsbetriebes Dehesa El Tinajar. Bei dem Thema Erneuerbare Energien hätten die hohe Förderung durch den Staat und die EU und die fehlenden Leitungstrassen zu Problemen geführt. Deshalb sei eine Überarbeitung des Energiekonzepts erforderlich gewesen.



Über eine Möglichkeit der Energiespeicherung informierte sich die Delegation in einem Thermosolar-Kraftwerk. Hier wird Flüssigsalz als Wärmespeicher benutzt. Riesige Konkav-Spiegel werden zur Bündelung von Sonnenstrahlen und damit zur Stromerzeugung eingesetzt.

## Duale Berufsausbildung in Portugal



Sylvia Bretschneider mit Azubis der Berufsschule Centro DUAL Portimao.

Im Nachbarland Portugal standen die Themen Berufsausbildung und Wasserrettung auf der Agenda.

In der Berufsschule Centro DUAL Portimao werden Fachkräfte ähnlich dem deutschen dualen Modell sehr praxisbezogen durch enge Verzahnung von Berufsschule und praktischer Ausbildung in etwa 300 beteiligten Betrieben ausgebildet.

Mit Erfolg – während nach einfacher Ausbildung weniger als 40 Prozent der Lehrlinge übernommen werden, sind es bei Absolventen der dualen Ausbildung mehr als 95 Prozent. Seit 1999 werden in Portimao deutschsprachig Hotelfachfrauen/männer und Köche ausgebildet. Diese Ausbildung wird in Deutschland anerkannt, wie auch die Ausbildung von Krankenschwestern und -pflegern. Centro DUAL Portimao wurde maßgeblich von deutschen Firmen mit gegründet und wird durch die Ausbildungsbetriebe finanziert. Die Landtagspräsidentin bot an, den Kontakt zum Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern herzustellen.

## Wasserrettung

Bei der Meeresbehörde DGAM in Portimao informierten sich die Abgeordneten aus M-V über Konzept und Praxis der Wasserrettung. Dies ist in einem Land mit einer Küstenlänge von 2800 Kilometern und 330 Millionen Badegästen im Jahr von enormer Bedeutung. In Portugal gibt es gegenwärtig 7000 Lebensretter mit Zertifikat. Die Ausbildung ist kostenlos. Ein Problem sei die geringe Anzahl von Rettungsschwimmern an Fluss-Stränden und in Schwimmbädern, hier soll das Rettungssystem der Küstenstrände übertragen werden. Anschließend nahm die Delegation an einer Vorführung von Wasserrettungsbooten teil.

# Für Schloss-Fans und solche, die es werden wollen

## Sammler – Forscher – Kitakinder



Bekanntlich endete die Monarchie in Deutschland 1918. Das Schloss ging in Staatsbesitz über und ist seit 1990 Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Was aber geschah in den mehr als 70 Jahren dazwischen? Der Schweriner Journalist Andreas Frost hat mit Zeitzeugen gesprochen, Akten in vier Schweriner Archiven durchforstet und viele interessante Details über die wechselnden

Schlossnutzer herausgefunden. Das Buch gibt es zum Preis von vier Euro im Museumsshop des Schlosses, in der Schweriner SVZ-Geschäftsstelle Mecklenburgstraße und in der Schweriner Tourist-Info am Markt. Sie können es auch über den Landtag bestellen.

## Residenzensemble Schwerin



Das Schweriner Schloss soll UNESCO-Welterbe werden. Im Auftrag des Landes M-V hat der hessische Kunsthistoriker Dr. Christian Ottersbach das gesamte Residenzensemble Schwerin genau unter die Lupe genommen und dem sogenannten OUV – den „outstanding universal value“, den „außergewöhnlichen und einzigartigen Wert, begründet. Die Publikation dokumentiert ein Schlossgespräch zu diesem Thema..

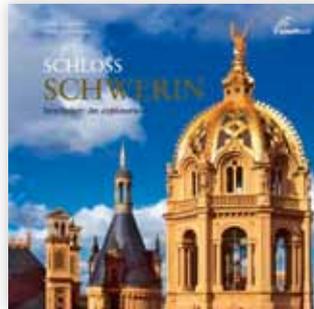
## Schlossgeschichten



Unter der Rubrik „Schlossgeschichten“ gibt es seit Jahren in den Landtagsnachrichten immer wieder Interessantes zum Schweriner Märchenschloss zu erfahren: Viele Geschichten sind da im Laufe der Jahre zusammengekommen. Corinna Pfaff, die die Schlossgeschichten für die

Landtagsnachrichten schreibt, hat die interessantesten ausgewählt und aufgefrischt, Roland Regge-Schulz hat mit leichter Hand wunderschöne, phantasievolle Illustrationen gezeichnet – und der Farbfigur Verlag Schwerin hat die Produktion in die Hand genommen.

## Streifzüge



Dieses Buch vom Maik Gleitsmann und Jörn Lehmann fängt auf eine ganz eigene Art das Schweriner Schloss in über 170 Bildern ein. Bilder, die Neues entdecken und Gewohntes aus ungewöhnlichen Blickwinkeln zeigen. Es geht über Geschichte und Architektur hinaus und zeigt

das Schloss als faszinierendes Denkmal mit einer vielfältigen, lebendigen Nutzung.

## Orangerien



Das Schweriner Schloss mit seiner Orangerie zieht in jedem Jahr Tausende Besucher an. Aber es gibt nicht nur diese eine Orangerie in Mecklenburg-Vorpommern. Herausgegeben vom Arbeitskreis Orangerien in Deutschland e.V., bietet das

Buch eine umfangreiche, bebilderte Übersicht über die Orangerien und historischen Gewächshäuser in M-V.

## Heimatkunde



Das Büchlein aus dem Rostocker Hinstorff-Verlag versammelt rund 200 überraschende Fakten zum Schmunzeln, Staunen und weiter-erzählen: von Leuchttürmen, Backsteinkathedralen und Bräuchen bis zu berühmten Kaufleuten, cleveren Erfindern und großen Sturköppen. Dem Buch wurde das Prädikat „besünners wiertvull“ verliehen.

### Bestellung

Bestellen können Sie die Bücher über den Landtag:  
Tel. 0385 / 525-2113 oder  
per Mail an [oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de).



Foto: Jörn Lehmann

## Wie aus flüchtigen Träumen

„Das Schloss, unwirklich wie aus flüchtigen Träumen entstanden, schien auf dem Wasser zu schweben, seine luftigen Zinnen hoch in den Wolken.“

Dies schrieb 1892 der Engländer Sir Henry Montague Doughty in seinem Reisebericht, den er nach einer Bootstour von Friesland aus über die mecklenburgischen Seen bis nach Böhmen unternommen hatte.

Auch mehr als hundert Jahre später ist jeder überrascht und fasziniert, wenn er das Schweriner Schloss in all seiner Pracht vor sich erblickt. Von Wasser umspielt, scheint es geradewegs dem Märchenbuch entstieg. Die vielen Türme und Türmchen, Obeliskten und Schornsteine, Zacken und Spitzen lassen glauben, was so mancher Stadtführer erzählt: 365 Türme sollen es sein, für jeden Tag des Jahres einer. Eine schöne Geschichte, die man nicht vergisst. Da kümmert es wenig, dass in Wirklichkeit „nur“ 25 richtige Türme das Schloss bekrönen, ergänzt durch 24 Schornsteine und rund 100 Spitzen und Zinnen.

Seit Ewigkeiten ist das Inselschloss nicht nur das prunkvollste Gebäude weit und breit, sondern auch Zentrum der politischen Macht. Bereits im 10. Jahrhundert hatte Slawenfürst Niklot hier seine Burg. Bis 1918 residierten hier die mecklenburgischen Herzöge und Großherzöge.

Heute ist das Schweriner Schloss Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Bei einem Besuch in Schwerin 1990 bezeichnete es der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker als den schönsten Landtagssitz Deutschlands.

**Tag der offenen Tür  
im Landtag**

Sonntag, 15. Juni, 10 bis 17 Uhr

# Vom Herzogssitz zum Zentrum der Demokratie

Das Schweriner Schloss hat eine lange, wechselvolle Geschichte

Seine mehr als 150 Jahre sieht man dem Schweriner Schloss wahrlich nicht an. Seit 1990 liebevoll restauriert, thront es wie frisch gewaschen auf der Insel im Schweriner See und ist das mit Abstand beliebteste Fotomotiv für Einheimische und Touristen gleichermaßen. Die wechselvolle Geschichte der einstigen Fürstenresidenz mit Höhen und Tiefen, Glanz- und Notzeiten reicht 1000 Jahre bis in die Zeit der Slawenbesiedlung zurück.

## Burg der Obotriten

Es war das Jahr 973, als der Weltreisende Ibrahim Ibn Jakub von einer slawischen Inselburg in einem Süßwassersee berichtet. Das gilt gemeinhin als erste Erwähnung eines Bauwerks auf der heutigen Schlossinsel. Eine Grenzburg der Obotriten – dem einst mächtigen Slawenstamm im Norden. Vom Ruhm ihres wohl bedeutendsten Fürsten kündigt das Reiterstandbild hoch über dem Hauptportal des Schlosses: Niklot, der Urvater der Mecklenburger Herzöge, schaut ehrfurchtgebietend auf

die Stadt. Er und seine Söhne legten den Grundstein für das Herzogtum Mecklenburg, das bis 1918 von den Nachkommen der Dynastie beherrscht wurde.



Foto: Cornelius Kettler

Lithografie aus der Festschrift  
„Das Schloss zu Schwerin“ von 1869



## Der große Neubau

Großherzog Friedrich Franz II. gilt als der bedeutendste Bauherr am Schloss. Sein Vater Paul Friedrich hatte 1837 den Hof von Ludwigslust wieder nach Schwerin verlegt und mit dem Neubau eines Schlosses auf dem Alten Garten begonnen.



Foto: Landtag M-V

Das Schweriner Schloss ist seit 1990 Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Fünf Jahre später – Friedrich Franz führt jetzt selbst das Zepher – entschließt sich der neue Regent zur weitreichenden Umgestaltung der historischen Anlage auf der Schlossinsel. Renommierte Baumeister, darunter der durch die Dresdener Oper bekannte Gottfried Semper, reichen Vorschläge ein. Den Zuschlag aber erhält Hofbaurat Georg Adolph Demmler. Er hatte in seine Entwürfe die Eindrücke ausgedehnter Studienreisen nach England und Frankreich einfließen lassen. Vor allem orientierte er sich am französischen Loire-Schloss Chambord, das zum Vorbild für den Schweriner Schloszbau wird. Vier Gebäude aus dem 16. und 17. Jahrhundert werden in den Neubau einbezogen. Vollenden kann Demmler den Bau indes nicht, denn wegen seiner fortschrittlichen politischen Gesinnung wird er entlassen. Die Baumeister Hermann Willebrand und Friedrich August Stüler führen den Bau zu Ende und hinterlassen durch manche Änderung der Demmlerschen Plänen Zeugnisse eigener Baukunst. Am 26. Mai 1857 wird das neue Schloss mit einem rauschenden Fest eingeweiht.

## Der Schlossbrand

Ein halbes Jahrhundert später, Mitte Dezember 1913, zerstört ein verheerendes Feuer nahezu ein Drittel des Schlosses. Der Burgseeflügel brennt bis auf die Grundmauern nieder, die oberen Etagen des Schlossgartenflügels fallen in Schutt und Asche, die prächtige marmorne Haupttreppe geht unwiederbringlich verloren, ebenso der Goldene Saal. Bis 1918 ist das Schloss äußerlich zwar notdürftig wieder hergestellt, aber die Folgeschäden des Brandes wirken bis heute nach.





Illustration: Roland Regge-Schulz

**Vielfältige Nutzung**

Mit dem Ende der Monarchie geht das Schloss in Staatseigentum über. Es wird Museum, später Wehrmazzlazarett und schließlich Flüchtlingsunterkunft. 1945 zieht die Sowjetische Militäradministration ein, übergibt wenig später aber die Mehrzahl der Räume an die junge Landesregierung. 1949 wird das Schloss erstmals Landtagssitz. Als drei Jahre später in der DDR die Länder wieder aufgelöst werden, werden hier bis 1981 Kindergärtnerinnen ausgebildet. Anfang der 1970er-Jahre beginnt die Restaurierung des Thronsaals, weitere Wohn- und Festräume folgen. Neben dem Schlossmuseum gibt es bis Anfang der 1990er-Jahre im Burgsee-flügel ein Museum für Ur- und Frühgeschichte und in der Orangerie ein Polytechnisches Museum.

**Schönster Landtagssitz**

Die jüngere Geschichte seit dem Mauerfall ist bekannt: Das Staatliche Museum nutzt mit dem Schlossmuseum einen Teil des Gebäudes. Für das leibliche Wohl sorgen die Schweriner Schloss Localitäten. Und die wohl wichtigste Änderung: 1990 zog erneut der Landtag ins Schweriner Schloss. Die einstige Herzogsresidenz wurde endgültig ein Symbol der Demokratie.

**Schlosskirche**

Die Schlosskirche – 1560 bis 1563 erbaut – ist an dem neugotischen Chor und an dem mit einem Kreuz bekrönten Glockenturm zu erkennen. Sie gilt als einer der ersten protestantischen Sakralbauten in Deutschland und ist einem eifrigen Verfechter der Reformation zu verdanken: Herzog Johann Albrecht I. In den vergangenen Jahren wurde die Kirche umfassend instandgesetzt. Pfingsten 2013, pünktlich zum 450. Jubiläum der Kirchweihe, wurde das Gotteshaus im neuen Glanz wiedereröffnet.



Foto: Jörn Lehmann

**Petermännchen**

Wie es sich gehört, hat auch das Schweriner Schloss seinen Schlossgeist: Petermännchen. Ein geheimnisvoller Zwerg von gedrungener Gestalt mit Federhut, Stiefeln und Stelzen. So zeigen ihn eine Sandsteinplastik im Schlosshof und ein Tür-gemälde im Schlossmuseum. .Es gibt Leute, die schwören, Petermännchen bewohne bis heute ein Zimmerchen im Glockenturm. Wirklich gesehen hat das Männchen niemand. An einem Platz aber kann man es immer treffen: in der Phantasie der Menschen.



Foto: Landtag M-V

**Baustelle Schloss**

1990, mit dem Einzug des Landtages, begann die grundlegende Sanierung des Schlosses. Ein Schwerpunkt der Bauarbeiten der vergangenen Jahre war die Stabilisierung der Fundamente, denn das Schloss steht auf Tausenden von Eichenpfählen. Auch Dächer und Fassaden wurden inzwischen fast vollständig restauriert. Insgesamt wurden seit 1990 rund 123 Mio. Euro investiert.

Die wohl größte Baumaßnahme der kommenden Jahre hat im Schlossgartenflügel begonnen. Dieser Bereich war bei dem Schlossbrand 1913 schwer beschädigt worden. Es hat sich herausgestellt, dass die Tragfähigkeit der Decken, die in den Jahrzehnten nach dem Brand eingezogen worden sind, den heutigen Vorgaben nicht mehr entspricht. Im Zuge der Sanierung soll hier auch ein neuer, zeitgemäßer Plenarsaal entstehen.



Foto: Jens Büttner

Foto: Uwe Bajewski



### Der Landtag

Seit 1990 hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern seinen Sitz im Schweriner Schloss. Das ist sogar in der Landesverfassung festgeschrieben. Im September 2011 wählten die Mecklenburger und Vorpommern ihr nunmehr 6. Landesparlament. Der klare Wahlsieger SPD gewann 27 der 71 Mandate, gefolgt von der CDU (18 Sitze). Wie bereits in der vorherigen Wahlperiode wird Mecklenburg-Vorpommern von einer Großen Koalition regiert. Größte Oppositionsfraktion ist DIE LINKE (14 Abgeordnete). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zogen mit sieben Abgeordneten erstmals in den Landtag ein. Die NPD verlor gegenüber 2006 rund 20.000 Stimmen, schaffte aber die Fünf-Prozent-Hürde und ist zum zweiten Mal in Folge im Landtag vertreten (5 Sitze).

### UNESCO-Welterbe

Das Schweriner Schloss soll UNESCO-Welterbe werden. Darüber sind sich Landtag, Landesregierung und die Stadt Schwerin einig. Ein wichtiger Schritt ist getan: die Landesregierung meldete im Sommer 2012 das Residenzensemble Schwerin sowie das Bad Doberaner Münster bei der Kultusministerkonferenz für die deutsche Vorschlagsliste (tentativ list) an. Ob das große Ziel erreicht wird, kann heute noch niemand sagen. Aber egal, wie die Bewerbung ausgeht – für die Schweriner und ihre Gäste ist das Schloss auch jetzt schon außergewöhnlich und einzigartig.

*Texte: Corinna Pfaff/Claudia Richter*

Foto: Cornelius Kettler



*„Ich beglückwünsche Sie zu diesem Landtagssitz, der ganz ohne Zweifel nicht seinesgleichen in ganz Deutschland hat.“*

*Bundespräsident  
Richard von Weizsäcker  
am 11. Dezember 1990*





◀ Mit seiner Aktion „Landtag vor Ort“ beteiligte sich der Landtag an mehreren Demokratiefesten im Land: so am 26. April beim Fest der Demokratie im Wismarer Alten Hafen, am 1. Mai unter dem Motto „Gute Arbeit – Soziales Europa“ in der Hansestadt Greifswald und am 8. Mai beim Demokratiefest in Demmin. Alle diese Aktionstage waren von Bürgerbündnissen vor Ort organisiert, um Gesicht zu zeigen und ein klares Bekenntnis gegen Gewalt, Extremismus, Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass abzulegen. Am Stand des Landtages konnten die Besucherinnen und Besucher mit Abgeordneten ins Gespräch kommen sowie bei einem Quiz und am Glücksrad ihr politisches Wissen testen und attraktive Preise gewinnen.  
(Foto aus Wismar v.l.: Vizepräsidentin Regine Lück, Abgeordneter Tilo Gundlack, ein Wismarer Bürger sowie Abgeordnete Simone Oldenburg).

◀ Volontäre der Ostsee-Zeitung und der Lübecker Nachrichten besuchten am 7. Mai im Rahmen eines Fortbildungstages den Landtag im Schweriner Schloss. Hier wurden sie von Landtagsdirektor Armin Tebben begrüßt. Zum Auftakt lud der Verwaltungschef zu einer exklusiven Besichtigung der Plenarsaal-Baustelle ein und erläuterte vor Ort dieses große Bauvorhaben. Bei dem anschließenden Gespräch interessierten sich die angehenden Journalisten vor allem für das Agieren der NPD-Fraktion im Landtag.

Am 7. Mai empfing Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Botschafter der Hellenischen Republik, S.E. Herr Panayotis Zografos, zu seinem Antrittsbesuch im Schweriner Schloss. Dies sei bereits sein zweiter Besuch in Schwerin, erzählte der griechische Diplomat. Bereits vor drei Monaten sei er mit seiner Familie privat im Schloss gewesen und ganz begeistert nach Berlin zurückgefahren. Bei dem Gespräch stand das Thema Europa im Vordergrund, es ging um die bevorstehenden Europa-Wahlen, aber auch um rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien und Bewegungen in Deutschland und Griechenland. Anschließend war Zografos im Europa- und Rechtsausschuss zu Gast und zog dort eine Zwischenbilanz der griechischen EU-Ratspräsidentschaft, die in zwei Monaten turnusgemäß endet.

◀ Mit mehreren Gedenkveranstaltungen wurde am 8. Mai landesweit an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges und die Befreiung vom Nationalsozialismus im Frühjahr 1945 erinnert. Als einziges Bundesland begeht Mecklenburg-Vorpommern seit 2002 den 8. Mai als offiziellen Gedenktag. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Ministerpräsident Erwin Sellering sowie Vertreter der demokratischen Landtagsfraktionen ehrten am Mahnmahl „Die Mutter“ in Raben Steinfeld die Millionen Kriegsoffer. Dort war im Mai 1945 der Todesmarsch von KZ-Häftlingen zu Ende gegangen.